

- [Teilen](#)
- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

[Zurück zur Übersicht](#)

Pressemitteilung

Die Schulen im Regierungsbezirk Tübingen sind bereit für das neue Schuljahr

06.09.2024



Schulkinder

Monkey_Business - stock.adobe.com

Schülerzahlen besonders in den Grundschulen mit einem deutlichen Anstieg.

Erste Ziel- und Leistungsvereinbarungen im Rahmen der datengestützten Qualitätsentwicklung an Schulen abgeschlossen.

Das Programm „Startchancen BW“ fördert Schulen ziel- und bedarfsgenau.

Lehrereinstellung zum Schuljahr 2024/2025

Zum Schuljahr 2024/2025 konnten im Regierungsbezirk Tübingen 625 Stellen besetzt werden. Die weiterhin hohe Bereitschaft der Lehrkräfte zur Verlängerung der Dienstzeit, zur Unterstützung im Ruhestand und zur Erhöhung der Teilzeit trägt auch im neuen Schuljahr zu einer stabilen Unterrichtsversorgung am Schuljahresbeginn bei.

Nach der Ausweitung des Direkteinstiegs auf Grundschulen und die Sekundarstufe 1 wurde das etablierte Verfahren für die Einstellung zum kommenden Schuljahr für das Gymnasium und für das wissenschaftliche Lehramt für Sonderpädagogik geöffnet. Damit trägt dieser wichtige Baustein nun zur besseren Unterrichtsversorgung in allen Schularten bei. Für das Schuljahr 2024/2025 konnten im Regierungsbezirk Tübingen insgesamt 15 Personen für den Direkteinstieg in allgemeinbildenden Fächern gewonnen werden.

Insgesamt konnten im Bereich der öffentlichen Grundschulen und Primarstufen an Gemeinschaftsschulen 176 Deputate

vergeben werden, an Haupt- und Werkrealschulen sowie an Gemeinschaftsschulen (Sekundarstufe) 76, an Realschulen 56, an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren 41 und an Gymnasien 89. Zusätzlich wurden an diesen Schulen 34 Deputate für Fachlehrkräfte vergeben. An den Beruflichen Schulen wurden 133 Deputate sowie 20 Deputate für technische Lehrkräfte vergeben.

Die Unterrichtsversorgung entwickelt sich je nach Region und Schulart differenziert. Nach wie vor besteht eine große Herausforderung darin, Lehrkräfte für eine Einstellung im ländlichen Raum, insbesondere in den Landkreisen Zollernalb, Alb-Donau und Reutlingen zu finden. Weiterhin beliebt bei Bewerberinnen und Bewerbern sind dagegen die Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Tübingen.

Zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung und zum Ausgleich von Ausfällen wegen Schwangerschaft, Mutterschutz und Elternzeit wurden zusätzlich mit Pensionären und Lehrpersonen ohne Lehrbefähigung bisher 667 Arbeitsverträge im Umfang von 413 Deputaten für das Schuljahr 2024/2025 abgeschlossen.

Im Bereich der Sekundarstufe und der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren konnten alle zur Verfügung stehenden Stellen für wissenschaftliche Lehrkräfte sowie 34 Stellen für Fachlehrkräfte besetzt werden. 49 Fachlehrerstellen blieben unbesetzt.

Im gymnasialen Bereich konnten zum Schuljahr 2024/2025 Lehrkräfte im Umfang von 89 Deputaten neu eingestellt werden. Die Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Gymnasien im Regierungsbezirk Tübingen ist auch im kommenden Schuljahr gut, wenngleich weiterhin fachspezifische Mängel in den Fächern Bildende Kunst und Physik sowie kleinere fachspezifische Engpässe in den Fächern Mathematik und Chemie bestehen.

Für die beruflichen Schulen wurden im Regierungsbezirk Tübingen bisher Lehrkräfte im Umfang von 153 Deputaten eingestellt, 16 Stellen konnten nicht besetzt werden. Fachspezifische Mängel bestehen aufgrund von Bewerbermangel weiterhin im Bereich der Sozialpädagogik, in Pflege und Elektrotechnik/Informationstechnik. Zunehmend schwierig wird aber auch die Unterrichtsversorgung in den allgemeinbildenden Fächern.

Erwartete Schülerzahlentwicklung zum Schuljahr 2024/2025

Im Schuljahr 2024/2025 werden an den öffentlichen Schulen im Regierungsbezirk Tübingen voraussichtlich 238.066 Schülerinnen und Schüler von 20.525 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet. Das ist das Ergebnis einer Abfrage bei den Schulen und Schulbehörden im Regierungsbezirk Tübingen. In den Grundschulen werden 69.023 Schülerinnen und Schüler erwartet (Vorjahr 66.331), in den Werkreal- und Hauptschulen 6.781 (Vorjahr 6.932), in den Realschulen 30.678 (Vorjahr: 30.387), in den Gemeinschaftsschulen 19.043 (Vorjahr 18.688), in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren 6.160 (Vorjahr: 5.908) und an den allgemein bildenden Gymnasien 50.781 (Vorjahr: 49.332). An den Beruflichen Schulen im Regierungsbezirk rechnet das Regierungspräsidium Tübingen mit 55.600 Schülerinnen und Schülern (Vorjahr: 55.163).

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg der Gesamtschülerzahl um 2,3 %. In den Grundschulen ist die Schülerzahl um 4,1 % gestiegen. Die Zahl der Erstklässler wächst um 3,4 % auf 17.593 (Vorjahr: 17.013). Bei den weiterführenden Schulen legen insbesondere die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren um 4,3 % und die Gymnasien um 2,9 % zu. Die Schülerzahl an den Haupt- und Werkrealschulen ist rückläufig (- 2,2 %). Es ist damit zu rechnen, dass sich bis zur nächsten statistischen Erhebung Ende Oktober noch Änderungen ergeben werden.

Ziel- und Leistungsvereinbarungen als Bausteine des Qualitätsentwicklungsprozesses der Schulen

Um die Qualität schulischer Bildung im Land zu stärken, hat sich Baden-Württemberg auf den Weg gemacht, die systematische datengestützte Qualitätsentwicklung auf- und auszubauen. Im letzten Schuljahr hat die gesamte Schulaufsicht begonnen mit den Schulen in ihrem Verantwortungsbereich Ziel- und Leistungsvereinbarungen abzuschließen. In einem dreijährigen Rhythmus werden alle Schulen eine Vereinbarung treffen. Über die Statusgespräche mit Ziel- und Leistungsvereinbarungen wird ein institutionalisierter Prozess etabliert, um auf Basis fundierter schulischer Daten eine passgenaue und zielgerichtete Qualitätsentwicklung an den Schulen vor Ort zu unterstützen. Schulaufsicht und Schulen beraten gemeinsam, in welchen Bereichen Handlungsbedarfe bestehen, um dann über individuelle Ziel- und Leistungsvereinbarungen gemeinsam festzulegen, welche konkreten Verbesserungen wie erreicht werden sollen und welche Unterstützung dafür notwendig ist.

Nachfolgend zwei Beispiele für getroffene Vereinbarungen. An einem Gymnasium zeigte das Datenblatt, dass nicht alle

Schülerinnen und Schülern eine positive Einstellung zur Schule hatten und die konstruktive Unterstützung, also die Hilfestellung und den wertschätzenden Umgang durch die Lehrkräfte verbesserungswürdig war. Im Gespräch mit dem Regierungspräsidium wurde deutlich, dass es dem Gymnasium ein Anliegen ist, die Identifikation aller Schülerinnen und Schüler mit der Schule zu stärken. Als Ziel wurde vereinbart, dass die Schule ein Konzept entwickelt, um die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler nicht nur fachlich, sondern auch emotional-sozial zu begleiten. Inzwischen wurde in einer Klassenstufe mehrmals pro Schuljahr ein Coachinggespräch mit einer Lehrkraft geführt, was sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Lehrkräfte als gewinnbringend erfahren. Dies wird nun durch weitere Maßnahmen ergänzt.

Eine berufliche Schule im Bezirk sah sich veränderten Rahmenbedingungen insbesondere in den Klassen des beruflichen Übergangs gegenüber. Die bildungssprachlichen Kompetenzen – Lesen, Schreiben, Zuhören, Sprechen – in der deutschen Sprache wurden bei Schülerinnen und Schülern zunehmend schlechter, wobei diese Kompetenzen eine maßgebliche Voraussetzung für den Schulerfolg sind. Zugleich sind auch die ethnisch-kulturellen Hintergründe der Schülerschaft unterschiedlicher und differenzierter geworden. Die Schülerinnen und Schüler haben in den heterogenen Klassen immer weniger die Lernziele erreicht. Diese Situation zu Grunde gelegt hat die Schule im Dialog mit der Schulaufsicht ein Entwicklungsziel formuliert, welches im Speziellen „moderne Klassenführung“ und die Verbesserung des Klassenklimas für den beruflichen Übergang fokussiert. Mit vieldimensionalen Detailzielen begegnet die Schule den genannten Herausforderungen: Schülerinnen und Schüler mit Sprachproblemen werden mit abgestimmten Maßnahmen unterstützt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen werden zur bestmöglichen Gestaltung der Lernzeit verändert. Durch präventive sowie gezielte reaktive Maßnahmen wird auf Unterrichtsstörungen reagiert. Sozioökonomische Benachteiligungen werden durch individuelle Förderung und weitere Unterstützungsangebote abgemildert. Durch eine regelmäßige Evaluation werden die Wirksamkeit der Maßnahmen und der Erreichungsgrad der Ziele überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Im Statusgespräch findet eine gemeinsame Reflexion von Schulaufsicht und Schule zum aktuellen Stand und der schulischen Vorhabenplanung auf der Grundlage des Schuldatenblattes, ergänzt durch weitere Daten und Erkenntnisse, statt. Auf der Grundlage des Statusgesprächs wird eine Zielvereinbarung vereinbart, überarbeitet oder durch eine neue abgelöst.

Ziel- und Leistungsvereinbarungen verändern die Steuerung der Schulen und deren Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht. Neben der Aufsichtsfunktion der Schulaufsicht gewinnt zunehmend die Aufgabe der Unterstützung und Beratung durch die Ziel- und Leistungsvereinbarung sowie der Statusgespräche an Bedeutung. In der Kommunikation und in den jährlichen Statusgesprächen ist jetzt über einen bestimmten Zeitraum eine Fokussierung auf wesentliche Ziele gegeben. Das Commitment der gesamten Schulgemeinschaft mit den vereinbarten Zielen ist für alle Partner sehr wichtig. Daher wird das Ergebnis in der Ziel- und Leistungsvereinbarung schriftlich festgehalten.

„Startchancen BW“

Das Startchancen-Programm Baden-Württemberg ist ein gemeinsam von Bund und Land getragenes Programm, das für mehr Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg sorgen soll. Es unterstützt Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler dabei, die Lernbedingungen zu verbessern und die Kinder und Jugendlichen ganzheitlich zu fördern. Diese zusätzlichen Ressourcen bieten viele Möglichkeiten Schule neu zu denken.

Dabei geht es nicht nur darum, die Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik zu verbessern, sondern auch die emotional-soziale Entwicklung der Kinder zu stärken und die Demokratiebildung auszubauen. Das Programm ist auf 10 Jahre ausgelegt, Bund und Land investieren gemeinsam jährlich 260 Millionen Euro. Los geht es mit dem Programm bereits ab dem kommenden Schuljahr, in dem erste Maßnahmen umgesetzt werden, Strukturen aufgebaut werden und Weiterqualifizierung ermöglicht wird.

Aus dem Regierungsbezirk Tübingen dabei sind die Kirchgraben-Grundschule in Albstadt-Ebingen, die Barbara-Gonzaga-Gemeinschaftsschule in Bad Urach, die Längenfeld-Gemeinschaftsschule in Ehingen, die Pestalozzi-Grundschule in Friedrichshafen, die Schule an der Donauschleife in Munderkingen, die Grundschule am Härle in Pfullendorf, die Minna-Specht-Gemeinschaftsschule in Reutlingen, die Hermann-Kurz-Schule in Reutlingen, die Hohbuchsule in Reutlingen, die Jos-Weiss-Schule in Reutlingen, die Schillerschule in Reutlingen-Orschelhagen, die Grundschule im Kreuzerfeld in Rottenburg, die Albrecht-Berblinger-Gemeinschaftsschule in Ulm, die Albrecht-Berblinger-Grundschule in Ulm, die Grundschule am Tannenplatz in Ulm-Wiblingen, die Hans-Multscher-Grundschule in Ulm, die Martin-Schaffner-Grundschule in Ulm, die Sägefelschule in Ulm-Wiblingen sowie die Eduard-Mörke-Schule in Ulm.

Auch die Arbeit mit den Startchancen-Schulen basiert auf den Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Die umfangreichen

Ressourcen werden für die Schulen neue Möglichkeiten eröffnen Ihre Schülerinnen und Schüler umfassend fachlich, aber auch im sozial-emotionalen Bereich gezielt zu fördern. Diese Ziele können durch bauliche Maßnahmen unterstützt werden. Der Prozess ist sehr offen angelegt und ermöglicht jeder Schule unterschiedliche Wege zur Erreichung der Ziele. Die Schulaufsicht ist sehr gespannt darauf, diese Schulen auf ihrem Weg zu begleiten. Die Ergebnisse aus dem Startchancen-Programm werden Auswirkungen auf die Entwicklung aller Schulen haben.

Hinweis an die Redaktionen:

Für Fragen zu dieser Pressemitteilung steht Ihnen Herr Dr. Stefan Meißner, Pressesprecher für Schule und Bildung, unter Telefon 07071 757-2137 zur Verfügung.

Kategorie:

Abteilung 7

Koordinierungs- und Pressestelle

Konrad-Adenauer-Straße 20

72072 Tübingen

Assistenz: Gudrun Gauß

07071 757-3009

07071 757-3190

Sie sind Journalistin oder Journalist und haben eine Anfrage? Dann wenden Sie sich gerne an unsere Pressesprecherin/ unsere Pressesprecher.

pressestelle@rpt.bwl.de

Abteilung 1

Abteilung 2

Abteilung 3

Abteilung 4

Abteilung 5

Abteilung 7

Abteilung 10

Abteilung 11

StEWK

SGZ



Katrin
Rochner
Leiterin
der
Koordinierungs-
und
Pressestelle



Jeanine
Großkloß
Stellv.
Leiterin
der
Koordini-
erungs-
und
Pressest-
elle



Naomi
Krimmel
Ansprech-
partnerin
Soziale
Medien



Sabrina
Lorenz
Pressesp-
recherin
für die
Abteilun-
gen 1, 3,
5, 10, 11



Matthias
Aßfalg
Pressesp-
recher
für die
Abteilun-
gen 2, 4,
StEWK,
SGZ



Dr.
Stefan
Meißner

Pressesp
recher
für die
Abteilun
g 7